



Stadträtin Heike Kainz

ANTRAG

26.07.2017

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Entlastungsstraße Eversbuschstraße Nord offenhalten

Die Landeshauptstadt München wird aufgefordert, bei der Planung und Bebauung des Gebiets in Allach, nördlich der Otto-Warburg-Straße, zwischen der Bahnlinie und der Eversbuschstraße Nord (sogenannte „Hirmerei“) eine Trasse freizuhalten, die es erlaubt, die Eversbuschstraße Nord ab dem S-Bahnhof Karlsfeld unmittelbar an die Bahnlinie zu verlegen und entlang der Bahnlinie weiter nach Süden bis zum Anschluss an die sogenannte „Junkersstraße“ fortzuführen.

Begründung:

In Allach wird aufgrund des dringenden Bedarfs an bezahlbarem Wohnraum wie in ganz München mittlerweile jede geeignete Fläche für den Wohnungsbau genutzt. Dies hat zur Folge, dass allein schon deshalb die Infrastruktur gleichermaßen Schritt halten muss. Im Hinblick auf den Straßenverkehr ist festzustellen, dass das vorhandene Straßennetz bei weitem nicht mehr ausreicht, um den Bedarf abzudecken.

In diesem konkreten Fall ist festzustellen, dass der Berufsverkehr von Dachau aus westlich an Karlsfeld vorbei bis zur Otto-Warburg-Straße fließt. Außerdem hat die starke Bautätigkeit in Karlsfeld (ehemaliges Bayernwerksgelände u.a.) zu einer deutlichen Verkehrszunahme geführt. Die Eversbuschstraße Nord insbesondere, sowie die Eversbuschstraße insgesamt ist davon sehr stark betroffen. Auf der Eversbuschstraße Nord ist während der Rush-Hour täglich ein massiver Stau zu verzeichnen, die Eversbuschstraße ist insgesamt sehr stark befahren. Erschwerend kommt hinzu, dass bei Stau oder Sperrungen der A 99 die Eversbuschstraße als Ausweichroute genutzt wird.

An dieser Straße befinden sich eine Grundschule im Norden und ein großes Schulzentrum im Süden (Pfarrer-Grimm-Straße). Die Schulwegsicherheit ist durch den starken Verkehr, auch Schwerlastverkehr massiv beeinträchtigt.

Durch eine Entlastungsstraße unmittelbar entlang der Bahn kann die Eversbuschstraße zumindest im Norden erheblich entlastet werden, da ein Großteil der Fahrzeuge dann über die neue Straße zur Ludwigsfelderstraße geleitet werden kann.

Die Schulwegsicherheit für die Grundschule an der Eversbuschstraße 182 könnte dadurch strukturell erheblich verbessert werden.

Unabhängig davon können zwei Straßen besser als nur eine Straße die Verkehrsflüsse deutlich besser aufnehmen.

Derzeit geht es vor allem darum, dass diese Chance durch die Bebauung der genannten Fläche im Norden von Allach nicht im wahrsten Sinne des Wortes verbaut wird. Die Wohnbebauung ist in diesem Bereich grundsätzlich zu begrüßen, jedoch muss dabei eine entsprechende Trasse freigehalten werden.

Heike Kainz, Stadträtin



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Manuel Pretzl
Stadtrat Dr. Reinhold Babor

ANTRAG

30.01.2018

Überdeckung des McGraw-Grabens

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Überdeckung des McGraw-Grabens vorzubereiten. Der Oberbürgermeister geht wegen der Finanzierung auf den Freistaat Bayern zu.

Begründung:

München braucht dringend Wohnungen. Der Freistaat Bayern plant nach neuen Informationen, nicht nur sein Gelände östlich der Tegernseer Landstraße für Wohnbebauung zu entwickeln sondern auch die Flächen westlich des McGraw-Grabens. Durch die Überdeckung des McGraw-Grabens könnten die beiden Zufahrten, die jetzt auf beiden Seiten des Grabens geführt werden, auf den Deckel verlegt werden, um so die bebaubaren Flächen auf beiden Seiten zu vergrößern. Außerdem wäre dies ein Beitrag zur Luftreinhaltung. Da der Freistaat Bayern wesentlich vom höheren Baurecht profitieren würde, soll er die Kosten dafür – zumindest teilweise – tragen.

Manuel Pretzl, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Dr. Reinhold Babor
Stadtrat



Ökologisch-Demokratische Partei



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 18.05.2018

Antrag

Autofreie Tage - welche Beispiele sind in München umsetzbar?

Dem Münchner Stadtrat wird vorgestellt, welche unterschiedlichen Konzepte an autofreien Tagen bzw. temporären autofreien Zonen es in anderen Städten gibt und welche sich in München umsetzen ließen.

Begründung

Andere Städte wie Paris¹ oder Bogotá² und Singapur³ machen es vor – einmal monatlich oder sogar noch häufiger, werden eine oder mehrere große Straßen für den motorisierten Verkehr gesperrt und sind dann nur für FußgängerInnen und Radfahrende zugänglich.

Dadurch können die Bürgerinnen und Bürger ihre Stadt anders erleben. Sie können durch die Straße flanieren ohne Gefährdung. Kinder können unbeeinträchtigt auf der Straße spielen. Schadstoffe und Emissionen werden durch weniger motorisierten Verkehr reduziert und ein anderes Mobilitätsverhalten kann eingeübt werden.

Sonja Haider (ÖDP), Çetin Oraner (DIE LINKE), Tobias Ruff (ÖDP), Brigitte Wolf (DIE LINKE)

1

<https://www.paris.fr/champselyseespietons>

2

<https://lifestyle.americaeconomia.com/articulos/ciclovía-de-bogotá-el-placer-de-los-domingos-sin-coches>

3

<https://www.ura.gov.sg/Corporate/Get-Involved/Go-Car-Lite/Car-Free-Sunday/CFS/About-CFS>

Ausschussgemeinschaft: ÖDP Stadtratsgruppe & DIE LINKE Stadtratsgruppe

Rathaus, Marienplatz 8 • Stadtratsbüro: Zimmer 174 - 176 • 80331 München

ÖDP: Telefon: 089 / 233 – 259 22 • E-Mail: stadtrat@oedp-muenchen.de

DIE LINKE: Telefon: 089 / 233 – 252 35 • Fax: 089 / 233 - 2 81 08 • E-Mail: info@dielinke-muenchen-stadtrat.de



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, den 04.06.2019

**Antrag zur dringlichen Behandlung im
Planungsausschuss vom 3. Juli 2019**

Antrag auf ein Hearing zum Gesamtkomplex Bahnausbau im Münchner Osten und Norden, Brennerzulauf / Truderinger-Daglfinger Kurve und Spange / 4-gleisiger Ausbau Daglfing-Johanniskirchen / Bahn-Nordring

Antrag

Die Stadtverwaltung führt in Kooperation mit der Bahn AG und dem Bundesverkehrsministerium ein Hearing zum Themenkomplex Güterverkehrsstrecke durch vom Brennerbasistunnel über den östlichen Landkreis München, den Bahnausbau München Ost (Daglfinger und Truderinger Kurve und Spange), Bahntunnel Daglfing-Englschalking-Johanniskirchen, Bahn-Nordring (Möglichkeit eines S-Bahn-Nordring).

Begründung:

Es gibt einen breiten gesellschaftlichen und politischen Konsens zum Ausbau der Bahn-Infrastruktur, gerade auch beim Güterverkehr. Dazu müssen auch Trassen im Münchner Osten und Norden ertüchtigt und ausgebaut werden. Dies sollte so anwohnerfreundlich und naturverträglich wie möglich umgesetzt werden.

Im Zuge der aktuellen Planungen zur Daglfinger/Truderinger Kurve und Spange wird deutlich, welche Maßnahmen, Belastungen, Einschränkungen und Investitionen im Münchner Osten und Norden bevorstehen, die eine stark befahrene Güterverkehrsstrasse am östlichen und nördlichen Stadtrand von München mit sich bringt mit bis zu **aktuell prognostizierten 226 Güterzügen täglich (Länge eines Vollzuges beträgt 740 m)**.

Es stellen sich insbesondere folgende Fragen:

1.) Welche alternativen Bahnstrecken auf dem Weg vom Brenner zum Hamburger Hafen bzw. nach Bremerhafen aktuell untersucht werden, untersucht wurden und ausgebaut werden könnten (z. B. Rosenheim – Mühldorf - Landshut), oder ob die alleinige Trassenführung für den Güterverkehr durch Münchner Stadtgebiet alternativlos ist – auch für Züge, die weder Ziel noch

Quelle in München haben?

2.) Nicht dargestellt sind bislang die technische Machbarkeit einer anwohnerfreundlichen Alternativlösung für die Truderinger-Daglfinger-Kurve und Spange.

3. Nicht dargestellt sind bislang die Auswirkungen auf den Bahnabschnitt zwischen Daglfing und Johanneskirchen während der Ausbauarbeiten bis zur Fertigstellung des geplanten 4-gleisigen Bahntunnels im Jahr 2037, wenn aber bereits 2030 die Truderinger-Daglfinger-Kurve und Spange fertiggestellt sind und deutlich mehr Züge auf dem Abschnitt zwischen Daglfing und Johanneskirchen fahren werden. Welche Belastung kommt auf die Anwohner zu? Sind dann die Schranken der Bahnübergänge dauerhaft geschlossen, zeitgleich zum Beginn der Baumaßnahmen für die SEM Nordost? In welchem Takt soll die Flughafen-S-Bahn während der Bauarbeiten von 2030 bis 2037 auf dem teilweise 2-gleisigen Abschnitt fahren, wenn hier ab 2030 der Güterverkehr deutlich zunimmt?

4.) Soll der S/U-Bahnhof Trudering zu einem Regionalbahnhof mit 2 weiteren Gleisen ausgebaut werden?

5.) Wann und in welchem Zeitfenster wird die Bahnstrecke Ostbahnhof – Riem – Markt Schwaben – Mühldorf 4-gleisig ausgebaut?

6.) Nicht dargestellt sind bislang die Auswirkungen auf einen angestrebten S-Bahn-Nordring. Kann es neben dem deutlich zunehmenden Güterverkehr dann auch noch den dringend erforderlichen neuen S-Bahn-Nordring geben?

7.) Welche Umwegfahrten von Güterzügen vom Umschlagbahnhof München Riem in Richtung Rosenheim über den Münchner Süd- und Nordring können durch die Truderinger Kurve künftig vermieden werden?

8.) Wie sind die Grundstücksverhältnisse im Gleisdreieck Moosfeld (Bahn, Freistaat, LH München, privat)? Welche hochwertigen naturnahen Flächen sind durch den Bahnausbau betroffen? Können diese innerhalb des Gleisdreiecks ausgeglichen werden? Welche Auswirkungen haben die Bahnplanungen auf die beabsichtigte Renaturierung des Hüllgraben?

Viele bislang unbeantwortete Fragen, die dringend einer Antwort bedürfen, insbesondere im Münchner Stadtrat. Es wird Zeit, dass sich der Münchner Stadtrat dieses strukturell wichtigen Themas im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung annimmt und sich von Fachleuten unterschiedlicher Ausrichtungen und Institutionen (Bahn, Freistaat Bayern, private Ingenieurbüros, Initiative pro Bahn, Güter-Kompetenz-Zentrum Prien (GKZ), etc.) fachkundig und ganzheitlich zu diesem gesamten Themenkomplex informieren lässt.

Die Veranstaltung sollte im Herbst 2019 stattfinden, nach Abschluss der Grobplanungen für die 3 Varianten (Tunnel - Troglage - oberirdisch) für den Abschnitt Daglfing-Johanneskirchen.

Fraktion Die Grünen – rosa liste

Herbert Danner Angelika Pilz-Strasser, Paul Bickelbacher Anna Hanusch

Katrin Habenschaden

Mitglieder des Stadtrates

DIE LINKE im Stadtrat München

Brigitte Wolf Cetin Oraner

Mitglieder des Stadtrates

MünchenSPD Stadtratsfraktion ■ Rathaus ■ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 11.06.2019

Urbane Mitte für die Parkstadt Schwabing!

Antrag

Der Parkstadt Schwabing fehlt die „Urbane Mitte“. Außer den Gehsteigen zwischen den Wohnzeilen gibt es in der Parkstadt Schwabing keinen attraktiven städtischen Ort/Platz mit Aufenthaltsqualität.

In der vorliegenden Planung wird der Verkehr im Kreuzungsbereich Anni-Albers und Lyonel-Feininger-Straße durch die frühzeitige Verschwenkung der Anni-Albers-Straße flüssig in die Walter-Gropius-Straße parallel zur A9 geleitet. Dadurch entsteht eine großzügige Platzsituation südlich des Hotelkomplexes.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzbarkeit dieses Konzeptes zu überprüfen und nach positiver Beurteilung im Zusammenhang mit der Neubebauung der angrenzenden Baufelder, für die sich der Bebauungsplan in Vorbereitung befindet, zu realisieren.

Begründung

Der Bezirksausschuss 12 hat eine Projektstudie für eine Urbane Mitte der Parkstadt Schwabing angeregt. Die Variante 4a sieht vor, den Verkehr im Kreuzungsbereich Anni-Albers und Lyonel-Feininger-Straße durch die frühzeitige Verschwenkung der Anni-Albers-Straße flüssig in die Walter-Gropius-Straße parallel zur A9 zu leiten und damit den Durchgangsverkehr aus dem Wohngebiet weitgehend herauszuhalten. Dieser Vorschlag wurde verkehrsgutachterlich untersucht und durch den Bezirksausschuss positiv beurteilt.

Mit der Umsetzung der vorliegenden Planung ergäben sich weitere wesentliche Verbesserungen für das Quartier, insbesondere für das Wohnumfeld:

- Die derzeit mangelhafte Hotelanfahrt beim „Motel one“ mit Autos und Bussen sowie der ungünstig gelegene Taxistandplatz können ideal gelöst werden.
- Die Parkstadt Schwabing erhält eine besonnte, platzartige Urbane Mitte – zukünftig umrahmt mit Geschäften und Gastronomie. Dieser sehnliche Wunsch nach einem urbanen Platz ist seit langem von der Bürgerschaft der Parkstadt Schwabing gefordert und ist immer wieder an den BA 12 herangetragen worden.

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89 - 23 39 26 27, Fax: 0 89 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

- Der im Süden noch nicht fertiggestellte sog. Centralpark kann ideal an den neu geschaffenen Platz angeschlossen werden.

gez.

Renate Kürzdörfer
Klaus Peter Rupp

Stadtratsmitglieder



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Frieder Vogelsgesang

ANTRAG

22.02.2019

Hart durchgreifen bei nicht genehmigten Grundstücksrodungen

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Landeshauptstadt München nutzt den Ermessenspielraum bei der Festlegung von Strafzahlungen für unerlaubte Baumfällungen – und insbesondere illegale Rodungen von ganzen Grundstücken – in ganzer Härte aus.

Der Oberbürgermeister setzt sich dafür ein, das Strafmaß gegebenenfalls deutlich zu erhöhen, damit es eine abschreckende Wirkung entfalten kann.

Bei derartigen Fäll- und Rodungsaktionen darf der Bauwerber / Bauherr / Investor keinen finanziellen Nutzen aus illegalen Baumfällungen und Grundstücksrodungen erlangen. Die Bearbeitung von eventuell gestellten Bauanträgen soll frühestens begonnen werden, wenn entsprechende Zahlungen für den angerichteten Schaden sowie Sicherheitsleistungen für Ersatzpflanzungen in spürbarer Größenordnung gezahlt wurden.

Begründung:

Erst dieser Tage ereignete sich wieder ein Fall, in dem ein Grundstück in einem Münchner Wohngebiet mit Gartenstadtcharakter in einer Blitzaktion von jeglicher Bepflanzung freigeräumt wurde. Es handelt sich hierbei um das Anwesen Frihindorfstraße 8 in Obermenzing (Die AZ berichtete am 20.02.2019 auf Seite 3).

Bagger und Arbeiter rückten Freitagnachmittag, den 15.02.2019 an und begannen mit der Rodung des deutlich über 1.000 m² großen Grundstücks. Die Arbeiter ließen sich auch nicht durch die Interventionen der Nachbarn beeindrucken. Samstag in der Früh wurden die noch vorhandenen Wurzelstöcke ausgefräst und abtransportiert, um Beweisstücke zu entfernen. Gefällt wurden gemäß Beobachtung und Fotodokumentation der Nachbarschaft eine Linde (Stammumfang in 1m Höhe von ca. 160-180 cm) zwei Birken (jeweils ca. 110 – 130 cm) und vier Kiefern (jeweils 100 – 140 cm). Das vorhandene Buschwerk und sämtliche Pflanzen wurden beseitigt.

Die vier Kiefern bildeten zudem gemäß Aussage eines Fachmanns für ökologische Feldforschung, Naturschutz und Landschaftsplanung zusammen mit der erwähnten Linde ein seit mehr als 15 Jahren besetztes Quartier für den Großen Abendsegler, einer geschützten Fledermausart aus der Familie der Glattnasen.

Eine Fällgenehmigung lag gemäß Bestätigung der Unteren Naturschutzbehörde nicht vor, der Fall wird aktuell näher geprüft.

Bauen in München ist offenbar derart rentabel, so dass Strafen bewusst in Kauf genommen werden, um freigeräumte Grundstücke sodann optimal auszunutzen.

Es handelt sich dabei nicht um den ersten Fall in München, in dem durch illegales und schnelles Handeln, zumeist vor Beginn des Wochenendes, Tatsachen geschaffen werden. Ganz offensichtlich schreckt das bisher angedrohte Strafmaß für derartige Aktionen nicht hinreichend ab. So ist es zumindest in ganzer Höhe auszunutzen. Darüber hinaus muss das mögliche Strafmaß deutlich angehoben werden.

Gebiete mit Gartenstadtcharakter sollen grundsätzlich ihren Charakter dauerhaft bewahren, eine Nachverdichtung soll allenfalls maßvoll und mit Augenmaß erfolgen. Insbesondere ist es erklärtes Ziel, die prägende Grünstruktur in Gartenstadtgebieten zu erhalten. Die vollständige Rodung von Grundstücken widerspricht diesem Ziel diametral und muss mit entsprechend hohen Strafen sanktioniert werden.

Frieder Vogelsgesang
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 28.03.2019

Mehr Schutz für Bäume I

Sicherheitsleistung für Baum-Ersatzpflanzungen auch in München einführen – Lebensqualität in München bewahren

Antrag

Die städtische Baumschutzverordnung wird dahingehend ergänzt, dass der/die Eigentümer*in eines Grundstücks für jeden Baum, für den die Untere Naturschutzbehörde eine Fällgenehmigung erteilt und eine Ersatzpflanzung verfügt, eine Kautionsleistung von € 750 bei der Stadtkasse einzuzahlen hat, die im Falle des Nachweises einer tatsächlich erfolgten Ersatzpflanzung zurückgezahlt wird.

Begründung:

Da die Untere Naturschutzbehörde zu wenig Kapazitäten besitzt, um den Vollzug ihrer Auflagen betreffs Ersatzpflanzung zu verfolgen, soll durch die Einführung einer Kautionsleistung sichergestellt werden, dass eine verfügte Ersatzpflanzung auch tatsächlich stattfindet. Diese sogenannte Sicherheitsleistung für eine Ersatzpflanzung ist in verschiedenen Nachbargemeinden Münchens schon eingeführt – z.B. in den Gemeinden Gröbenzell, Eichenau und Maisach. In den letzten Jahren ist die Neupflanzung von Bäumen im Stadtgebiet auf Privatgrund so stark zurückgegangen, dass ein Negativsaldo entstanden ist – also mehr Bäume gefällt als nachgepflanzt wurden¹. In Anbetracht der immer heißeren Sommer ist der Baumbestand für das Stadtklima von hoher Bedeutung, da von jedem Baum außer der ständigen Sauerstoffproduktion an heißen Tagen eine stark kühlende und die Luft befeuchtende Wirkung ausgeht.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Sabine Krieger, Dominik Krause, Katrin Habenschaden, Herbert Danner, Paul Bickelbacher, Anja Berger, Angelika Pilz-Strasser.

Mitglieder des Stadtrates

1 <https://bn-muenchen.de/themen/baumschutz/>

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 28.03.2019

Mehr Schutz für Bäume II

Höhere Strafen bei ungenehmigten Baumfällungen

Antrag

Die LH München verhängt für ungenehmigte Baumfällungen die zulässigen Höchststrafen. Neben den bisher üblichen Geldstrafen prüft sie die Möglichkeiten eines Entzugs oder einer Verringerung des Baurechts.

Begründung:

Bäume sind in dieser Stadt unentbehrlich. Bäume, die unter die Baumschutzverordnung fallen, ohne Genehmigung zu fällen, ist kein Kavaliersdelikt. Die Verwaltung hat einen Spielraum bei der Ahndung solcher Vergehen. Dieser Spielraum muss endlich ausgeschöpft werden. In besonders dreisten Fällen, die auch noch geschützte Arten vertreiben, wie bei der in der Abendzeitung vom 20. Februar dargestellten illegalen Fällung von 7 Bäumen in Obermenzing, ist die Höchststrafe zu verhängen. Niedrige Strafen werden oft einkalkuliert. Nur hohe Strafen können abschrecken.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Sabine Krieger, Dominik Krause, Katrin Habenschaden, Herbert Danner, Paul Bickelbacher, Anja Berger, Angelika Pilz-Strasser

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 28.03.2019

Mehr Schutz für Bäume VI

Baumrecht gegenüber Baurecht stärken – keine Baumfällungen mehr für Tiefgaragen

Antrag

Der Oberbürgermeister setzt sich auf Landes- und Bundesebene dafür ein, dass der Baumschutz bei Bauvorhaben nicht automatisch dem Baurecht unterliegt. In die Bayerische Bauordnung und in das Baugesetzbuch soll folgendes aufgenommen werden:

- Der Baumschutz ist höher zu bewerten als der Bau von Tiefgaragen. Der Bau von Tiefgaragen ist dementsprechend kein Grund mehr für Baumfällungen.
- Die Situierung des Baukörpers muss so gewählt werden, dass Baumfällungen vermieden werden.

Begründung:

Bäume sind für ein gutes Stadtklima und für die Artenvielfalt unverzichtbar. Neupflanzungen können diese Funktionen erst nach vielen Jahrzehnten in dieser Art und Weise erfüllen. Das wird in der Bauordnung derzeit zu wenig beachtet. Planungen nehmen zu selten auf den Baumbestand Rücksicht. Das muss sich ändern.

Da der Oberbürgermeister als einer der Erstunterzeichner des Volksbegehrens „Rettet die Artenvielfalt“ sein Interesse am Thema Artenschutz gezeigt hat, kann er sich auf diese Weise konkret für den Schutz der Bäume und damit der Artenvielfalt einsetzen.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Herbert Danner, Sabine Krieger, Dominik Krause, Katrin Habenschaden, Paul Bickelbacher, Anna Hanusch, Sebastian Weisenburger, Angelika Pilz-Strasser

Mitglieder des Stadtrates